

## **Fritz Edlinger fordert neue Nahostpolitik Europas**

In einer Erklärung anlässlich des Internationalen Solidaritätstages mit dem Palästinensischen Volk kritisierte der Generalsekretär der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ (GÖAB) Fritz Edlinger die Ambivalenz und Unentschlossenheit der Nahostpolitik der Europäischen Union. Diese sei seit vielen Jahren dadurch geprägt, dass man die politische Führungsrolle nahezu kritiklos den USA überlasse und sich weitgehend auf die Finanzierung eines politischen Prozesses, der schon längst nicht mehr das Etikett „Friedensprozess“ verdiene, beschränke. Obwohl Europa von der Situation im Nahen Osten als unmittelbarer Anrainer weitaus mehr betroffen ist als die USA und zudem die primären Ursachen des israelisch-palästinensischen Konfliktes in Europa liegen (Schlagworte Holocaust und Kolonialismus) hat man niemals ernsthafte Versuche unternommen, entscheidend in diesen Konflikt einzugreifen. Zuletzt habe die US-amerikanische Administration, deren Amtsübernahme besonders in Europa mit großen Hoffnungen begleitet worden ist, bewiesen, dass sie nicht willens ist, im Nahen Osten den Prinzipien des Völkerrechts zum Durchbruch zu verhelfen. Der GÖAB-Generalsekretär bezeichnete in diesem Zusammenhang den jüngsten Vorschlag Washingtons, eine weitere Verlängerung des ohnedies kaum wirklich beachteten Siedlungsstopps um drei Monate mit einem Waffendeal im Ausmaß von 3 Mrd. US-Dollar zu verquicken, als zynisches Spiel mit Menschenleben, ganz abgesehen davon, dass diese Aktion wie viele andere zuvor die internationalen Rechtsnormen verhöhnen. Es sei für ihn absolut unverständlich, dass es dazu keine eindeutige Verurteilung aus Europa gab, erklärte Fritz Edlinger.

Da es also bereits seit vielen Jahren offensichtlich ist, dass die USA weder willen noch in der Lage sind, eine gerechte und faire Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu vermitteln, sei es höchst an der Zeit, die internationale Arbeitsteilung zu ändern und Europa die führende Rolle zu überlassen. Europa verfüge als Haupthandelspartner Israels sowie aufgrund der Existenz zahlloser bilateraler Verträge, welche in den meisten Fällen sogar unmittelbar anwendbare Menschenrechtsklauseln beinhalten, über weitaus mehr Mittel, Israel zu einem Einlenken zu bewegen als die USA. Europa habe angesichts des völligen Scheiterns der US-Nahostpolitik die Chance, nicht nur einen konkreten Beitrag zur Beilegung eines der längsten und blutigsten Konflikte seit 1945 zu leisten sondern auch den in der Charta der Vereinten Nationen, in der Internationalen Erklärung der Menschenrechte und in ähnlichen fundamentalen Rechtsnormen verankerten Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen. Der von den Vereinten Nationen am 29.11.1974 geschaffene Solidaritätstag mit dem Palästinensischen Volk stelle für eine derartige mutige und weitsichtige europäische Initiative einen höchst geeigneten Zeitpunkt dar, schloss Fritz Edlinger.

(2.971 Zeichen)

Wien, 28.11.2010